

Bildungsnachrichten Ausgabe 02/2008 vom 03.01.-04.01.2008

freundlicher Weise zur Verfügung gestellt von Dr. Luzian Weisel

1. Studie: "Ausgebrannte" Lehrer waren bereits im Studium überfordert

(bikl.de/pm) Bereits nach den ersten vier Berufsjahren fühlt sich jeder zehnte Lehrer überfordert. Das ergab eine Längsschnittstudie des Bildungsforschers Prof. Dr. Udo Rauin. Die ERgebnisse hat ...

<http://bildungsklick.de/a/57651/studie-ausgebrannte-lehrer-waren-bereits-im-studium-ueberfordert/>

2. Übersicht zu interessanten Veranstaltungen: <http://bildungsklick.de/termine>

3. Bildung macht glücklich

(bikl.de/idw) Die Mehrheit der Bevölkerung hat eine positive Grundeinstellung zum lebenslangen Lernen: Nur für sieben Prozent der Befragten ist der Gedanke unangenehm, lebenslang zu lernen. Für 80 ...

<http://bildungsklick.de/a/57642/bildung-macht-gluecklich/>

4. Studie: Gesamtschule verhindert soziale Auslese nicht

(bikl.de/ots) Entgegen ihrem Anspruch schafft die Gesamtschule nicht mehr Bildungsgerechtigkeit als die Schulen des gegliederten Schulsystems. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die der Züricher ...

<http://bildungsklick.de/a/57637/studie-gesamtschule-verhindert-soziale-auslese-nicht/>

5. Großbritannien: Jeder Schüler soll breitbandigen Internetzugang erhalten

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/101311>

Nach Plänen der britischen Regierung könnte diese Vorgabe bereits ab 2009 für Eltern gelten, deren Kinder eine Schule der Sekundarstufe besuchen. Ziel ist eine stärkere Beteiligung der Erziehungsberechtigten an der Schulbildung ihrer Sprösslinge.

6. Werden Jugendliche gewalttätiger? (Florian Rötzer)

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26972/1.html>

Die Gewalt gegen Lehrer an britischen Schulen scheint zuzunehmen, aber ob die Gewalttätigkeit von Schülern und Jugendlichen hier oder anderswo tatsächlich zunimmt, ist umstritten

7. Australien plant zum Jugendschutz die Einführung von Internetfiltern

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/101164>

Erwachsene, die einen freien Zugang zum Internet wollen, müssten dies nach den Vorstellungen der Regierung gemäß einem Opt-out-Modell beantragen.